

aktuell



Bessere Leistung
Weniger Kosten
Gemeinsam machen wir
Österreichs Verwaltung fit!

„Petrographie“ und „Mineralogie“ – beide Begriffe haben eines gemeinsam: Sie beschäftigen sich im weitesten Sinne mit Steinen. Und sie eröffnen eine Möglichkeit, die politischen Geschehnisse aus einem völlig neuen Blickwinkel zu betrachten.

Der Meilenstein: Als solcher ist das kürzlich beschlossene Verwaltungsreformpaket zu werten. Denn damit gelingt es Österreichs Verwaltung schlanker und effizienter zu gestalten. Mit ihrem gemeinsamen Beschluss haben Bundeskanzler Werner Faymann und die Landeshauptleute den Stein kräftig ins Rollen gebracht und damit für Bürokratieabbau und mehr Bürgerservice gesorgt. S. 4

Der bildungspolitische Beton: In Sachen Neue Mittelschule ist es Bildungsministerin Claudia Schmied gelungen, ebendiesen beim Koalitionspartner zum Bröckeln zu bringen und ihn vom Erfolgsmodell Neue Mittelschule zu überzeugen. Das Ergebnis: Die neue Mittelschule wird zur Regelschule – das ist die größte Schulreform seit Einführung der Polytechnischen Schulen im Jahr 1962. S. 7

Ein großer Brocken: Dieser liegt vor den Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder. Diese haben auf dem EU-Gipfel beraten, welche Maßnahmen es braucht, um den Euro zu stabilisieren. S. 5.

Eure Redaktion

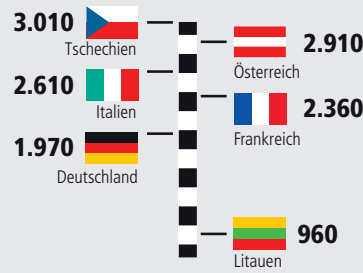


SPÖ-Kommunalsprecher Kurt Gaßner hat einen lesenswerten Gastkommentar zu Regional- und Agrar-Politik geschrieben. Seite 14

SPLITTER

Österreich ist Öffi-Vize-Meister

Mit Bahn, Bus und städtischen Öffis zurückgelegte Kilometer pro Person im Jahr



Österreich top bei den Öffis

Österreich hat im öffentlichen Verkehr die Nase vorn. Gleich hinter Tschechien werden im Europavergleich die meisten Kilometer zurückgelegt – 2.910 pro Person. Ein Beweis dafür, dass Ministerin Doris Bures mit ihren Investitionen in den öffentlichen Verkehr goldrichtig liegt. In Deutschland werden nur 1.970 Kilometer mit den Öffis zurückgelegt, in Litauen gar nur 960. ♦

Bildungsvolksbegehren: Jede Unterschrift zählt!

Für das Thema Bildung kann es gar nicht genug Unterstützung geben. Vom **3. bis 10. November** kann auf jedem Gemeindeamt für das Bildungsvolksbegehren unterschrieben werden.



Alle Infos unter www.vbbi.at oder bei der Gratis-Info-Hotline 0800 204 400.



Bundeskanzler Werner Faymann gratulierte den Arbeiterkammern zum Jubiläum.

90 Jahre Arbeiterkammern

Mit einem prominent besetzten Festakt haben die Arbeiterkammern (AK) in Österreich ihr 90-jähriges Bestehen gefeiert. Bundespräsident Heinz Fischer würdigte die AK ebenso wie Bundeskanzler Werner Faymann, ÖGB-Präsident Erich Foglar und „Hausherr“ AK-Präsident Herbert Tumpel. Bundeskanzler Faymann nutzte den „besonderen Tag“, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der AK zu danken: „Sie helfen an entscheidender Stelle mit, das politisch Vereinbarte auch wirklich durchzusetzen. Was würden Gesetze für Arbeitnehmerrechte alleine helfen, wenn es nicht die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AK geben würde, die sich an die Seite der Schwächeren stellen und konkrete Hilfestellungen anbieten? Das ist eine herausragende Leistung.“ ♦

Zitat der Woche

„Die Menschen werden die Politik und die Demokratie daran messen, ob es gelingt, zu verhindern, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Wehrpflicht

Deutsche Zahlen zeigen: Profi-Heer ist möglich

Auch nach dem Ende der Wehrpflicht in Deutschland gibt es genügend Freiwillige. Dieses Beispiel zeigt: Ein Profi-Heer ist machbar.

Bundesheer



Die Wehrpflicht ist Geschichte und die Deutsche Bundeswehr kann sich trotzdem nicht über mangelnden Nachwuchs beklagen: Im Oktober treten 4.589 Freiwillige ihren Dienst an. Seit Juli gibt es somit bereits mehr als 7.000 freiwillige Meldungen. Damit wurde das Ziel von 5.000 freiwilligen Meldungen mehr als erreicht. „Auch CDU-

Verteidigungsminister de Maizière hat mehrfach bestätigt, dass es ausreichend Freiwillige für den Dienst in der Bundeswehr gibt“, sagt SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas. In Österreich werden ab 2012 Pilotprojekte beweisen, dass ein Profi-Heer machbar ist. „Die Zeit ist reif für das Profi-Heer“, ist Rudas überzeugt. ♦

Die Deutsche Bundeswehr beweist: Auch ohne Wehrpflicht gibt es genug Nachwuchs für die Truppe.



STANDPUNKT

Reformen für die Zukunft!

Gerade der Nationalfeiertag ist für viele ein Anlass, um sich mit dem eigenen Land auseinanderzusetzen und auch darüber zu schreiben. Zu Recht! Denn wir können – bei allem Verständnis für Kritik – stolz auf Österreich sein. Dennoch sind Reformen im Bildungsbereich und auch beim Bundesheer wichtig – um eben weiterhin gut dazustehen!

Fotolia



Wir können stolz auf unser Land sein. Denn Österreich gehört in vielen Bereichen wie z.B. beim Kampf gegen Arbeitslosigkeit zu den besten Ländern Europas.

Österreich hat die Krise – im Vergleich zu anderen Ländern – verhältnismäßig gut bewältigt. Ein wichtiger Faktor dabei war die wirtschaftliche Stabilität. Die Arbeitslosenzahlen waren und sind sehr niedrig und damit zählen wir klar zur Spitze Europas! Besonders deutlich wurde hier wieder, dass vor allem eine gute Ausbildung vor Jobverlust schützt und auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Sicherheit bringt. Eins ist hier klar: Bildung ist die beste Investition in unsere Zukunft!

Darum liegt auch der Schwerpunkt bei der Jugendbeschäftigung – wie beispielsweise mit der Ausbildungsgarantie – auf der Aus- und Weiterbildung der jungen Menschen. Aber nicht nur hier werden von der Sozialdemokratie wichtige Akzente gesetzt. Seit kurzem haben wir es geschafft, dass die Neue Mittelschule in ganz Öster-

reich zum Einsatz kommt. Sie ist das anschaulichste Argument für eine gemeinsame Schule aller Zehn- bis Vierzehnjährigen. Damit ist ein bildungspolitischer Meilenstein gelungen!

Schwerpunkt der Neuen Mittelschule ist die individuelle, gezielte Förderung der Begabungen des Kindes. Bis zum Jahr 2018/19 werden alle Hauptschulklassen umgewandelt – davon profitieren ca. 238.000 Schülerinnen und Schüler. Damit kommen mehr Chancen und mehr Qualität in unser Schulsystem!

Ein wichtiger Schritt im Bildungsbereich wurde damit umgesetzt, aber noch viele weitere Forderungen müssen realisiert werden. Darum ist das Bildungsvolksbegehren in vielen Bereichen eine Unterstützung, denn Österreich darf nicht sitzen bleiben!

„Mit der Neuen Mittelschule wurde ein wichtiger Schritt im Bildungsbereich umgesetzt, aber noch viele weitere Forderungen müssen realisiert werden.“

Sitzen bleiben darf auch das Bundesheer nicht. Vor allem am Nationalfeiertag rückt es mit seinen zahlreichen Angelobungen und Paraden in den Mittelpunkt. Die Leistungsschau am Wiener Heldenplatz steht im Zeichen „Krisenmanagement durch Schutz und Hilfe“. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher können sich dabei über das Österreichische Bundesheer informieren.

Dabei sieht man auch sehr deutlich, welche Herausforderungen das Bundesheer heutzutage bewältigen muss. Dazu zählen der Schutz bei Katastrophen, Cyberkriminalität und der Schwerpunkt auf internationale Friedenseinsätze. Wir brauchen ein Heer, das darauf spezialisiert ist, die Aufgaben einer modernen Welt effizient wahrzunehmen. Ein Profi-Heer!

Darum ist auch der Nationalfeiertag der richtige Tag, um über Reformen zu reden. Klar ist, wir stehen im internationalen Vergleich sehr gut da, aber darauf werden wir uns nicht ausruhen. Wir brauchen Reformen, um die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen und für neue Aufgaben bestens gerüstet zu sein. Im Bereich des Bundesheers ebenso wie im Bereich der Bildung! ♦



Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laura.rudas



STAATSREFORM

Abspeckprogramm für die Verwaltung

Eine schlanke Verwaltung, deutlich weniger Kosten und bessere Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger – all das bringt das große Verwaltungsreformpaket, auf das sich Bund und Länder geeinigt haben.



Fotolia

Frischer Wind für unsere Verwaltung: Bund und Länder haben ein Reformpaket fixiert, das für eine schlankere, effizientere und vor allem günstigere Verwaltung sorgt.

Nach einem mehrstündigen Gespräch zwischen der Regierungsspitze und den Landeshauptleuten konnte Bundeskanzler Werner Faymann vor kurzem einen Durchbruch in Sachen Verwaltungsreform verkünden: „Wir haben bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit, beim Bundesamt für Asyl und Migration, bei der Transparenz-

datenbank und bei der Deregulierung sehr konkrete Ergebnisse erzielt und damit sehr wichtige Schritte im Bereich der Reform der Verwaltung gesetzt.“ Dadurch wird es möglich, die Verwaltung wesentlich zu vereinfachen, was Kosten spart. Gleichzeitig werden die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger optimiert.

Wirksames Reformpaket

» Wie wirksam die Schlankheitskur für Verwaltung und Bürokratie ist, zeigt sich am Beispiel des Bundesamts für Asyl und Migration, das künftig 194 (!) Behörden ersetzen wird. Das schafft Professionalität und Vereinheitlichung im Vollzug und bringt eine Reduktion der Verwaltungsabläufe.

Stimmen zur Verwaltungsreform



„Die Reformschritte im Bereich der Verwaltung bringen Erleichterungen für Bürgerinnen und Bürger und Einsparungen.“

**Bundeskanzler
Werner Faymann**



„Mit diesen Maßnahmen vereinfachen wir die Verwaltung, sparen bei den Kosten und optimieren die Leistung für die Bürger.“

**Salzburgs Landeshauptfrau
Gabi Burgstaller**



„Das ist ein großer Schritt zu mehr Verwaltungseffizienz. Besonders wichtig ist auch, dass mit weniger Kosten künftig die gleichen Leistungen erbracht werden.“

**SPÖ-Klubobmann
Josef Cap**



„Wir haben Meilensteine der Verwaltungsreform erreicht. Das Engagement von Bundeskanzler Werner Faymann hat sich nun bezahlt gemacht – für die Menschen dieses Landes.“

**SPÖ-Rechnungshofspracherin
Christine Lapp**

HBF

SPÖ

Rigaud

Spiola

EUROPA

Schuldenschnitt für Griechenland kommt

Die EU peilt einen Schuldenschnitt für Griechenland an. Gleichzeitig braucht es die Finanztransaktionssteuer, fordert Bundeskanzler Werner Faymann.



Fotolia

Rettungsschirm und Griechenland-Hilfe sollen den Euro stabilisieren.

Mit Spannung wurde der EU-Gipfel am 26. Oktober verfolgt. Erwartet wurde, dass sich die Regierungschefs der Euro-Zone auf einen freiwilligen Schuldenschnitt für Griechenland unter Beteiligung der Banken und des privaten Sektors einigen. Wie immer die Ergebnisse im Detail aussehen (der Gipfel fand nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe statt) – eines steht für Bundeskanzler Werner Faymann fest: Neben der Hilfe für Griechenland braucht es grundsätzliche Richtungsentscheidungen in der EU.

Finanztransaktionssteuer (FTS) ab 2014

„Wir dürfen in der Krise nicht nur Sparprogramme in der EU erzwingen, sondern müssen gleichzeitig auf gemeinsame Einnahmen, wie die Finanztransaktionssteuer, und auf Investitionen setzen“, fordert der Bundeskanzler. Die FTS soll schon 2014 kommen – zunächst im Euro-Raum. Auch die EU-Kommission hat sich dafür ausgesprochen. Experten rechnen mit Einnah-

„Wir dürfen in der Krise nicht nur Sparprogramme in der EU erzwingen, sondern müssen gleichzeitig auf gemeinsame Einnahmen, wie die Finanztransaktionssteuer, und auf Investitionen setzen.“

Bundeskanzler Werner Faymann

men von bis zu einer Milliarde Euro allein für Österreich.

Banken auf sichere Beine stellen

Die Krise hat auch gezeigt, dass die Banken besser kapitalisiert werden müssen. Hier will Bundeskanzler Werner Faymann eine klare Unterscheidung „zwischen Banken, die stark spekulieren, und Banken mit klassischem Kreditgeschäft“. Seine Forderung: Der Staat soll mittelfristig nur mehr für jene haften, die in der Realwirtschaft tätig sind – wie die meisten österreichischen Banken. Banken, die vor allem mit Spekulieren und Wetten ihr Geld verdienen, sollen ihre Risiken selber tragen.

► Deutlich abgespeckt wird auch bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit: In Zukunft wird es statt 120 Sonderbehörden und Berufungssenaten nur mehr elf Verwaltungsgerichte geben – nämlich neun Landesverwaltungs- und zwei Bundesverwaltungsgerichte. Das führt zu einer Entlastung des Verwaltungsgerichtshofs und bringt Wirtschaftsimpulse durch schnelle Verfahren. Bundeskanzler Faymann wertet diese Reform als besonders wichtig: „Wir haben uns nun auf eine Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit verständigt, die seit mehr als 25 Jahren in Diskussion stand.“

► Auf gutem Weg ist auch die Einführung der Transparenzdatenbank, die mit einer Stufenlösung umgesetzt wird. Den Beginn macht die Auflistung der Forschungsförderung und Mindestsicherung. Dann wird der Nutzen überprüft, worauf Förderungen für Sport, Familien und Tourismus folgen.

► Teil des Reformpakets sind auch Deregulierungsmaßnahmen zum Bürokratieabbau. Konkret betrifft dies Vorschläge, wie durch die Bereinigung von Bundesrecht die Länder entlastet werden können. Hier wurden bereits fünfzig Vorschläge geprüft, informierte Bundeskanzler Faymann, der bekräftigte: „Wir werden bei diesen Gesetzen und Vorschriften jene Passagen, die vermeidbare Kosten verursachen, verändern.“

Reformen gehen weiter

Vereinbart wurde beim Treffen zwischen Bundesregierung und den Landeshauptleuten auch der weitere Fahrplan für die Verwaltungsreform. Im kommenden Frühjahr wird es dann z.B. um die Verwaltung im Bildungsbereich gehen. Bis dahin werde man „die Zeit nützen, die nächsten Vorschläge zur gesetzlichen Vereinfachung und Verbesserung vorzunehmen“, betonte Kanzler Werner Faymann.



„Die Regierung arbeitet gemeinsam mit den Bundesländern konstruktiv im Interesse Österreichs. Der Kurs der Regierung ist klar:

Nicht bei Leistungen für die Bürger wird gespart, sondern bei Bürokratie und Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführerin
Laura Rudas**

Kanzler 2.0



Über diesen QR-Code kommt man direkt zur Facebook-Seite von Bundeskanzler Werner Faymann (siehe Kasten)

Seit dem 26. Oktober ist Bundeskanzler Werner Faymann mit einem neuen Online-Auftritt im Internet vertreten. Das Herzstück ist die Facebookseite unter www.facebook.com/bundestkanzlerfaymann.



Bundeskanzler Werner Faymann tritt ab sofort nicht nur mit den Menschen persönlich, sondern auch mit Internet-Userinnen und -Usern in den Dialog. Meinungen und Fragen aller Interessierten sind erwünscht!

Bundeskanzler Werner Faymann trägt damit der Tatsache Rechnung, dass sich immer mehr

Menschen im Internet über Politik informieren. Auf seiner Facebook-Seite werden alle Interessierten kurz und prägnant über aktuelle politische Themen informiert und können dort auch gleich mitdiskutieren. Der Kanzler wird sich regelmäßig persönlich zu Wort melden.

Mit einem Klick kann man von Anfang an dabei sein, indem man ein Freund des Bundeskanzlers wird. So kann jede und jeder täglich live erleben, wie der Regierungschef die Staatsgeschicke lenkt. Der Link facebook.com/bundestkanzlerfaymann kann an alle Interessierten geschickt und die Themen und Aktionen des Bundeskanzlers im eigenen Facebook-Profil geteilt werden.

Neue Website
www.bundestkanzler.at

Falls man nicht auf Facebook ist, kann man sich auch auf www.bundestkanzler.at über

Zinner

die Aktivitäten des Kanzlers informieren. Auf der neuen Website finden sich aktuelle Meldungen, Fotos und Videos, ein kurzer Abriss über die Bundeskanzler der Zweiten Republik und Statements von Kanzler Faymann zu den wichtigsten Themen. Auch ein 3D-Rundgang durch das Bundeskanzleramt ist im umfangreichen Angebot der Website enthalten.

„Kanzler 2.0“ fürs Handy

Alle Smartphone-User haben mit der App „Kanzler 2.0“, einem Programm für Mobiltelefone, die Möglichkeit, bei den Aktivitäten des Kanzlers immer dabei zu sein. Neben aktuellen Meldungen und Bildern zur politischen Arbeit im In- und Ausland findet man mit dem help.gv.at-Behördenfinder einen praktischen Wegweiser zu

öffentlichen Einrichtungen. Über die App kann man auch direkt das Bürgerinnen- und Bürgerservice des Bundeskanzleramts kontaktieren oder sich z.B. mit Schulklassen zu einem Besuch im Bundeskanzleramt anmelden.

Neueste Aktivitäten per Twitter

Last but not least kommt auch das Nachrichteninstrument Twitter zum Einsatz: Das „team.bundestkanzler“ informiert über twitter.com/teamkanzler über Neuigkeiten rund um den „Social Media“-Auftritt Faymanns. Das Team aus bereits bestehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundeskanzleramts hilft, die „Social Media“-Aktivitäten des Bundeskanzlers zu betreuen.

Reinschauen und Teil der Community unter facebook.com/bundestkanzlerfaymann zu werden lohnt sich! ♦

INFO

Was sind QR-Codes?



QR-Codes (vom englischen „Quick Response“ für „schnelle Antwort“) funktionieren ähnlich wie Strichcodes auf Waren in Supermärkten. Ursprünglich zur Kennzeichnung von Bauteilen in der Automobilindustrie entwickelt, werden sie heute in erster Linie zum schnellen Aufrufen von Web-Inhalten auf Mobiltelefonen verwendet. Der Code wird mit der Handy-Kamera abfotografiert, eine App stellt daraufhin die Verbindung zur jeweiligen Webseite her. Auf <http://qr.spoe.at> findet sich kostenlose Software für alle Smartphones, mit der die Codes entschlüsselt werden können.

BILDUNGSREFORM

Erfolg: Die Neue Mittelschule wird zur Regelschule

Ein bildungspolitischer Modellversuch geht in Serie: Die Neue Mittelschule wird ins Regelschulwesen übernommen – das dazu nötige Gesetzespaket wurde bereits in Begutachtung geschickt.

Man darf getrost von einem historischen Tag in der Bildungspolitik sprechen: Die Regierung hat letzten Dienstag ein Gesetzespaket zur Übernahme der Neuen Mittelschule (NMS) ins Regelschulwesen fixiert. Damit wird zum ersten Mal seit 50 Jahren – 1962 wurde die Polytechnische Schule eingeführt – eine neue Schulform flächendeckend zur Regelschule. Im Schuljahr 2015/16 ist die Überführung der NMS ins Regelschulwesen abgeschlossen. Der Vollausbau wird 2018/19 erreicht, dann sind alle vier Klassen aller 1.178 Hauptschulstandorte vollständig in NMS umgewandelt. Rund 70 Prozent der Zehn- bis Vierzehnjährigen werden dann von den vielen Vorteilen dieser Schulform (z.B. individuelle Förderung, Team-Teaching, Berufs- und Bildungswegberatung) profitieren.

Ein Jahrhundertprojekt

Bundeskanzler Werner Faymann wertete die Überführung der NMS ins Regelschulwesen als „wesentlichen Schritt“ für Österreich: „Wir haben eine gute Lösung für Österreich gefunden, die bessere Chancen und Fördermöglichkeiten für unsere Kinder und Jugendlichen bringt.“ Bildungsministerin Claudia Schmied, die das Gesetzespaket präsentierte, spricht von einem „Jahrhundertprojekt“ und von einem „epochalen Werk“. SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer freuen sich über einen bildungspolitischen Meilenstein im Interesse der Schü-

Fotolia



Was als erfolgreicher Modellversuch begann, wird jetzt zur Regelschule – die von Bildungsministerin Claudia Schmied initiierte Neue Mittelschule ist eine Leistungsschule, bei der unsere Kinder im Mittelpunkt stehen.

ler, Eltern und Lehrenden. Eines ist für die SPÖ klar: Die gemeinsame Schule bleibt grundsätzlich politisches Ziel. ♦

PENSIONEN

Menschen länger gesund im Erwerbsleben halten

30.000 Menschen gehen jährlich in die Invaliditätspension, 70.000 Anträge werden gestellt. Sozialminister Rudolf Hundstorfer setzt Maßnahmen, damit das faktische an das gesetzliche Pensionsantrittsalter herangeführt wird.

Österreich ist nicht nur bei den guten Arbeitsmarktdaten und beim Pflegegeld Europameister, sondern leider auch bei den Frühpensionierungen wegen Invalidität und Berufsunfähigkeit. Das muss sich ändern, denn: „Ein

Drittel aller Pensionsanträge passieren aus der Invalidität oder Berufsunfähigkeit heraus. Das ist zu viel“, betont Hundstorfer.

Um diesen Zahlen entgegenzuwirken, wurden von Seiten des Sozialministeriums bereits zahlreiche Maßnahmen gesetzt. „Es sind Politik und Wirtschaft gefordert, hier ihren Beitrag zu leisten“, so Hundstorfer. Unter anderem wurde mit der Gesundheitsstraße der Untersuchungsprozess vereinheitlicht und ein neues Arbeits- und Gesundheitsgesetz beschlossen. Das „fit2work“-Programm unterstützt Menschen mit gesundheitlichen Problemen am Arbeitsmarkt.

Damit soll das faktische Pensionsantrittsalter Schritt für Schritt an das gesetzliche angeglichen werden. Solche Maßnahmen brauchen aber ihre Zeit. In Finnland, das ähnliche Initiativen setzte, zeigt sich, dass es fünf Jahre dauerte, bis statistisch messbare Verbesserungen nachgewiesen werden konnten.

Invaliditätspensionierungen sind keine Arbeitsflucht

Grundsätzlich muss betont werden, dass es sich bei den Frühpensionierungen nicht um eine Flucht aus dem Erwerbsleben handelt. Die durchschnittliche Invaliditätspensionistin bekommt gerade 590 Euro Pension – sicher keine anzustrebende Situation. ♦



Lehmann

Mit Präventionsmaßnahmen und besseren Arbeitsbedingungen kämpft Sozialminister Rudolf Hundstorfer für einen längeren, gesunden Verbleib im Beruf.

aktuell

ERSTE BANK

Massive Verluste: Erste-Chef Treichl unter Druck

Erste-Chef Treichl kommt unter Druck. Massive Verluste auf der einen, Boni und Aktiengewinne auf der anderen Seite sorgen für schiefe Optik. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter stellt nun die Korrektheit der Bank-Bilanzen in Frage.



1,3 Millionen Euro Bonus für Treichl: „Stimmt die Bilanz nicht, könnte das Untreue sein“, vermutet SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.

Nicht einmal zwei Wochen nachdem Erste Group-Chef Andreas Treichl noch vollmundig behauptet hat, dass die Gewinnprognosen seines

auch in den Jahren zuvor richtig war“, sagt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Eine zusätzliche Dimension bekommt der Fall, wenn man bedenkt, dass

Institutes aufrecht bleiben, ließ der Bankmanager eine Bombe platzen: Die Erste Group hatte einen Jahresverlust von 800 Millionen Euro eingefahren. Nach dieser Hiobsbotschaft ist auch Kritik an Treichls Person laut geworden, die Rede ist von möglichen rechtlichen Verfehlungen durch den Banker. „Im Lichte der jüngsten Abwertungen scheint es äußerst fraglich, ob die Bilanz der Erste Bank im vergangenen Jahr oder

Treichl 2010 noch einen mehr als großzügigen Bonus von 1,3 Millionen Euro kassiert hat. „Stimmt die Bilanzierung nicht, könnte das Untreue sein“, meint Kräuter.

Problematischer Aktienhandel Treichls

Ein weiteres pikantes Detail ist ein Aktienhandel des Erste-Chefs aus dem Jahr 2009. „Treichl hat 25.000 Aktien fast zum Tiefstkurs gekauft und vergangenen November fast zum fünffachen Wert wieder verkauft. Der Gewinn betrug über 650.000 Euro und war steuerfrei“, sagt Kräuter. Hätte Treichl von den Kreditausfallsversicherungen und der problematischen Bilanzierung gewusst, wäre dies Insiderhandel. Die Finanzmarktaufsicht hat bereits Untersuchungen aufgenommen, bei der Staatsanwaltschaft Wien wurde Anzeige erstattet. ♦

ARBEITSMARKT

Maßgeschneiderte Unterstützung

Die beste Ausbildung für unsere Jugend und geregelte, qualifizierte Zuwanderung – beides ist notwendig, damit Österreich auch in Zukunft in Sachen Arbeitsmarkt zur Europaspitze gehört.

Noch mehr Angebote nach Maß wird es in Zukunft für die Jugendlichen in Österreich geben. Nach erfolgreichen Maßnahmen wie z.B. der Ausbildungsgarantie werden jetzt noch weitere Projekte umgesetzt, die Jugendlichen die berufliche Orientierung und den Weg in und durch die Berufsausbildung erleichtern sollen. Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat außerdem einen weiteren, besonders großen Schritt geplant: Eine Ausbildungsverpflichtung bis zum 18. Lebensjahr. Denn für den Sozialminister steht fest: „Wir sind gefordert, bei den Jugendlichen noch mehr hinzuschauen und wir werden hier weitere Schritte setzen, weil es mir wichtig ist, dass alle Jugendlichen, die in Österreich sind, auch eine Ausbildung machen.“ SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits unterstreicht die Wichtigkeit dieser Maßnahme, denn: „Zahlreiche Studien

zeigen, dass Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung besonders häufig von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sind.“

Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund

„Wir haben in Österreich einen hohen Wohlfahrtsfaktor, gute Wirtschaftsdaten und eine der geringsten Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquoten in Europa. Aber bei all diesen positiven Zahlen haben wir auch ein Thema: Wir haben in Österreich viele ältere und wenig junge Menschen. Daher brauchen wir Zuwanderung“, betont der Sozialminister.

Unser Land braucht aber nicht nur qualifizierte Migration. Vor allem gilt es dafür Sorge zu tragen, dass jene Menschen, die sich bereits in Österreich befinden, auf dem Weg ins Erwerbsleben unterstützt werden.



Sozialminister Rudolf Hundstorfer will eine Ausbildungsverpflichtung für alle Jugendlichen umsetzen. Denn eine gute Ausbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Das Arbeitsmarktservice hilft daher Personen mit Migrationshintergrund mit maßgeschneiderten Angeboten bei ihrer Suche nach einem Arbeitsplatz. ♦

Sammelband

Wir rufen auf!

Die Preisträger des Literaturpreises „Der Duft des Doppelpunkts“ tauchen in der Textsammlung „Wir rufen auf!“ tief in die Arbeitswelt ein.

Der vorliegende Band versammelt eine Vielzahl von Textgattungen von Lyrik bis Prosa, die sich gegen (Selbst-)Ausbeutung stellen.

Die Autorinnen und Autoren entlarven in ihren Texten die „coolen“ Wortschöpfungen der schönen neuen Arbeitswelt. Die Wortschöpfungen aus dem Wirtschaftssenglisch verleihen dem Verlust von Sozial- und Arbeitsrechten einen schimmernden Anstrich. Einschränkungen wer-

den positiv verkauft. Und wenn man aus dem Arbeitsleben ausscheidet, zeigt sich der Grat zwischen Arbeitslosigkeit und der Verunglimpfung als „arbeitsscheu“ als sehr schmal. Im Prozess der Arbeitsvermittlung wird man schnell auf eine Nummer reduziert und es stellt sich die Frage nach der eigenen Würde. Das Buch setzt einen Kontrapunkt. Dem Humankapital wird etwas Menschliches entgegengesetzt. ♦

Roman

Liberty

Mit „Liberty“ liegt nun Teil 1 der großen Afrika-Trilogie des Dänen Jakob Ejersbo auf Deutsch vor.

Tansania in den achtziger Jahren: Christian ist der Sohn dänischer Eltern, die in Afrika als Entwicklungshelfer arbeiten und deren Ehe unter großen Spannungen leidet. Er fühlt sich zunehmend allein gelassen und freundet sich in seiner Not schließlich mit Marcus an, einem schwarzen Jungen aus einer noch problematischeren Familie. Die Dinge spitzen sich zu, als die Streitigkeiten seiner Eltern immer schwerwiegender werden und seine Schwester bei einem Autounfall ums

Leben kommt. Er sucht Trost und Halt in seiner Freundschaft zu Marcus, aber auch hier läuft nicht alles so wie gedacht: Der weiße Junge wünscht sich nichts sehnlicher, als schwarz zu sein – und der schwarze Junge nichts mehr, als ein Weißer zu sein ...

Die Kritik lobte das Buch des viel zu früh verstorbenen Autors Jakob Ejersbo enthusiastisch und sprach von einem „unglaublichen Leseerlebnis“ und von einem „Buch so groß wie ein Kontinent“. ♦

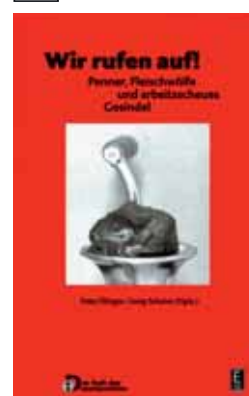
Biografie

Loki Schmidts Vermächtnis

Mit „Auf dem roten Teppich“ liegt jetzt die Lebensgeschichte Loki Schmidts vor, einer souveränen, eigenständigen, liebenswerten Persönlichkeit.

„Du stehst hier nicht als Frau Schmidt, sondern du stehst hier als Frau Deutschland.“ So schildert Loki Schmidt ihr Empfinden auf den ersten Treffen mit Präsidenten, Königen und anderen hohen Repräsentanten, auf die sie Helmut Schmidt als Kanzlergattin begleitete. Loki Schmidt erzählt in diesem Buch ihre Lebensgeschichte, die Geschichte eines Lebens, das in einem Arbeiterhaushalt begann und sich mit dem Eintritt ihres Mannes in die Politik

schlagartig veränderte. Mit Charme und Humor lässt sie Spannendes, Humoriges und Legendäres aus ihrem Leben an der Seite eines bedeutenden Bundeskanzlers Revue passieren. Diese Biografie ist das Vermächtnis einer der größten und bedeutendsten Frauen der deutschen Nachkriegszeit oder wie „Der Tagesspiegel“ es treffend formuliert: „Dieses Buch bietet noch einmal Gelegenheit, die Stimme einer Frau zu vernehmen, die fehlt.“ ♦

☐ Stk.


Petra Öllinger, Georg Schober:
Wir rufen auf!
Edition Art Science,
Wien – St. Wolfgang 2011;
144 S., 13,80 €

☐ Stk.


Jakob Ejersbo:
Liberty.
btb Verlag, München 2011;
864 S., 20,60 €

☐ Stk.


Loki Schmidt:
Auf dem roten Teppich und fest auf der Erde.
Goldmann Verlag,
München 2011; 224 S., 10,30 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

Alle Fakten auf den Tisch

Der Nationalrat hat einstimmig beschlossen, einen Korruptions-Untersuchungsausschuss einzusetzen. Nun werden mögliche Korruptionsfälle in staatsnahen Betrieben untersucht.

Zolles



Der Korruptions-Untersuchungsausschuss soll sämtliche Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit dem staatsnahen Sektor klären.

Auslöser für die Forderung nach einem U-Ausschuss war die Telekom-Affäre, in die vor allem Kreise rund um FPÖ und ÖVP verwickelt sein

her soll der Untersuchungsausschuss möglichst sachlich alle Vorfälle und die politischen Verantwortlichkeiten klären. Das Parlament stehe unter der Beobachtung der

sollen. Nun sollen diese Vorgänge vollständig geklärt werden. Für die SPÖ steht fest: Alle Fakten müssen auf den Tisch. Eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle muss ohne Wenn und Aber stattfinden. Dies ist besonders wichtig, da Umfragen der letzten Wochen zeigen, dass die Bevölkerung der Politik kaum mehr traut. Die Menschen müssen das Vertrauen in Politik und Recht wiedergewinnen. Da-

Bevölkerung, so SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim.

Telekom, BUWOG und Blaufunk

Neben dem Verdacht auf Geldflüsse von der Telekom an Minister der schwarz-blauen Regierung werden auch die BUWOG-Privatisierung, die Vergabe des Blaulichtfunks, Inseratenschaltungen staatsnaher Unternehmen und Ministerien, die Lockerung des Glücksspielmonopols sowie mögliche Staatsbürgerschaftskäufe untersucht. Hier ist anzumerken, dass die SPÖ schon lange eine vollständige Aufklärung der Affären rund um die schwarz-blaue Regierung fordert. „Als die FPÖ in der Regierung war, ist das Image der Politik nachhaltig ramponiert und der Demokratie großer Schaden zugefügt worden“, sagt SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas. Diesen Schaden gilt es nun zu reparieren. ♦

FRAUEN

Bahn Frei für große Töchter

Im Parlament wurde ein weiterer Schritt gesetzt, damit endlich auch Österreichs große Töchter in der Bundeshymne Erwähnung finden.

Kürzlich ging der Gesetzesantrag für eine zeitgemäße Abänderung der Bundeshymne in die erste Lesung des Nationalrats. Damit haben die großen Töchter eine weitere Hürde auf dem Weg in den Text der österreichischen Bundeshymne genommen. Für SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm ein notwendiger Schritt, da Sprache ein Herrschaftsinstrument ist, Bewusstsein schafft und die Bundeshymne große Symbolkraft besitzt. „Sprache entwickelt sich weiter, sie entwickelt sich fort. Es

ist höchst an der Zeit, auch Österreichs Frauen die ihnen gebührende Ehre zu erweisen, daher ist es wichtig und notwendig, dass auch die großen Töchter in unserer Hymne erwähnt werden“, betont die SPÖ-Frauensprecherin. ♦



SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm ist überzeugt, dass die Abänderung der Bundeshymne zu einem positiven Abschluss kommen wird.

FLUGHAFEN SCHWECHAT

FPÖ verhindert Arbeitsplätze

Die FPÖ stimmte im Parlament gegen die dritte Piste am Flughafen Schwechat und damit auch gegen neue Arbeitsplätze in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Die FPÖ stellt sich ganz klar gegen die Menschen in der Region“, betont der SPÖ-Abgeordnete und Bürgermeister von Schwechat, Hannes Fazekas zu einem Antrag der Freiheitlichen zum Stopp der dritten Piste am Flughafen Wien-Schwechat. Für Fazekas steht daher fest: „Die Tatsache, dass der Flughafen Wien-Schwechat im Osten Österreichs und vor allem für die Region ein wichtiger und großer Arbeitgeber ist, mehr als 20.000 Menschen direkt am Flughafen beschäftigt sind und

80.000 bis 100.000 indirekt, scheint den Freiheitlichen egal zu sein. Anders kann ich mir diesen Antrag zum Stopp der dritten Piste und vor allem dieses Abstimmungsverhalten dazu nicht erklären.“ ♦



Für Hannes Fazekas steht fest: Ein Baustopp am Flughafen Schwechat verhindert die Schaffung von Arbeitsplätzen und ist daher unverantwortlich.



TERRORISMUSPRÄVENTIONSGESETZ

Mehr Sicherheit – Grundrechte bleiben gewahrt

Das Gesetz setzt einen weiteren Schritt zur Bekämpfung von Terrorismus. Für die SPÖ stand dabei von Anfang an fest: Die Grundrechte dürfen nicht eingeschränkt werden.



Für SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl steht fest: Durch die Blutabnahme erhalten Beamte schneller Klarheit darüber, ob sie sich im Einsatz mit einer Krankheit infiziert haben.

Der Nationalrat hat mit diesem Gesetz einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Terrorismus-Bekämpfung gesetzt. Für die SPÖ war immer klar: Es muss geeignete Maßnahmen gegen terroristische Gefahren geben, keinesfalls aber dürfen die Grundrechte eingeschränkt werden. Mit dem neuen Gesetz wird die Ausbildung für terroristische Zwecke und der Aufruf zu terroristischen Taten verboten, verfolgt und bestraft. Auch wer jemanden zu einer solchen Tat anleitet oder diese Tat gutheißt, macht sich strafbar.

Wilke SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl betont, dass im Zuge des Beschlusses auch eine langjährige Forderung von SPÖ und Polizeigewerkschaft umgesetzt wurde – nun ist es gesetzlich erlaubt Personen, die möglicherweise mit ansteckenden Krankheiten infiziert sind, Blut abzunehmen. Bisher war dies nur bei Personen möglich, die im Verdacht standen, eine schwere Straftat begangen zu haben. Dies führte dazu, dass Exekutivbeamtinnen und -beamte, die im Dienst Verletzungen erlitten haben, oft über längere Zeit hindurch in Ungewissheit einer möglichen Infektion mit einer ansteckenden Krankheit leben mussten. „Eine rasche Blutabnahme bei Verdächtigen schafft Klarheit und die Betroffenen müssen nicht unnötig in Ungewissheit leben“, betont der SPÖ-Sicherheitssprecher.

Hetze gegen Homosexuelle und Transgender endlich strafbar

Auch der Verhetzungsparagraph wurde auf Druck der SPÖ präzisiert: Strafbar macht sich künftig, wer zu Gewalt gegen jemand wegen des Geschlechts, einer Behinderung, der ethnischen Herkunft, des Alters,



SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim begrüßt die Präzisierung des Verhetzungsparagraphen: „Damit stellt man klar, Homophobie ist inakzeptabel.“

der Religion oder der sexuellen Orientierung aufruft. Die Verhetzungsregelung wird in zwei Richtungen reformiert. Zum einen wurden die Zielgruppen, die geschützt werden, stark erweitert – nämlich um Schwule, Lesben und Transgender – und zum anderen wurde sichergestellt, dass diese Bestimmung nicht dazu verwendet werden kann, politische Kritik als Verhetzungstatbestand im Übermaß zu verfolgen. SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim betont, dass mit diesen Änderungen eine langjährige Forderung von zahlreichen Schwulen- und Lesbenorganisationen endlich umgesetzt wird.

KINDER

Bessere Betreuung für die Kleinsten

Mit dem Beschluss der 15a-Vereinbarung ist der Ausbau der Kinderbetreuung in den Bundesländern gesichert.

55 Millionen Euro bis 2014 – diesen Betrag stellt der Bund als Anstoßfinanzierung für den weiteren Ausbau der Betreuungseinrichtungen für die Kleinsten zur Verfügung. Damit werden die Länder auch verpflichtet zusätzliche Kinderbetreuungsplätze vor allem für Unter-Dreijährige zu schaffen. „Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung wird ein wichtiger

Schritt zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesetzt“, betont SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier. Auch im Bereich der Qualität der Betreuungsplätze wird es zu Verbesserungen kommen. „Damit wird die Qualität der Frühförderung erhöht. Das ist wichtig, denn die Frühförderung bildet die Basis für das ganze spätere Leben“, sagt Binder-Maier. ♦



Die Anstoßfinanzierung bringt mehr und bessere Kinderbetreuung in den Bundesländern.

OBERÖSTERREICH

„morgen.rot“-Reform: Fundament für künftige Erfolge



Nach zwei Jahren intensiver Diskussion über die inhaltliche und organisatorische Erneuerung der SPÖ Oberösterreich wurden die Ergebnisse der Parteireform „morgen.rot“ bei einer Konferenz in Linz beschlossen.

Es war der größte Diskussionsprozess, den es in der SPÖ Oberösterreich je gegeben hat, zu dem vor zwei Jahren bei einem außerordentlichen Parteitag der Startschuss erfolgte. Bei der Antragskonferenz in der Linzer Tabakfabrik wurden nun die Ergebnisse der zahlreichen Diskussionsrunden, Foren und Konvente in Form von politischen und organisatorischen Leitansätzen präsentiert und das Fundament für künftige Erfolge gelegt. Landespartei vorsitzender Josef Ackerl



Mehr als 9.000 engagierte Oberösterreicher haben sich in über 300 „morgen.rot“-Veranstaltungen an der von LH-Stv. Josef Ackerl initiierten Parteireform beteiligt.

machte vor den 400 Anwesenden eine klare Ansage: „Die Menschen müssen unsere Grundwerte klar erkennen können. Wir müssen sie begleiten und nicht bevormunden. Wir müssen uns schlagkräftiger organisieren, damit wir eine Ge-

sellschaft des Zusammenhalts werden. Es gilt, die Menschen gemeinsam mit den Gewerkschaften wirksam vor dem Finanzkapital zu schützen. Dazu müssen wir entscheidend stärker werden.“

Für eine schlagkräftige Organisation

Um sich organisatorisch schlagkräftiger aufzustellen, hat die SPÖ fünf Hauptziele formuliert: die Profilierung als Programm-Partei, als Bildungs-Partei, als Mitmach-, Mitglieder- und als politische Partei. Schwerpunkte sind eine neue Bildungskultur, Programmdiskussionen, die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, sowie die verstärkte Einbindung der Jugendorganisationen, um junge Menschen für die Mitarbeit zu begeistern. ♦

NIEDERÖSTERREICH

Kinder- und Jugendpsychiater auf Kasse



Ab 1. 1. 2012 werden in Niederösterreich die Psychiaterkosten von Kindern und Jugendlichen von der Krankenkasse übernommen.

Wenn ein Kind psychisch krank wird, sind die Eltern mit hohen Behandlungskosten konfrontiert. Ab 2012 wird sich das ändern: Es wird fünf Planstellen für Vertragsärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie geben. Darauf haben sich die NÖGKK und die Ärztekammer NÖ geeinigt. Gesundheitsminister Alois Stöger bezeichnet das Projekt als „großen Schritt in Richtung Kindergesundheit“. Denn auch die Arbeitsgruppe des Kindergesundheitsdialogs ist zum Ergebnis gekommen, dass es in Österreich „Defizite bei der kinder- und jugendpsychiatrischen Behandlung“ gibt. Die neue Maßnahme basiert auf den Ergebnissen eines erfolgreichen Pilotprojekts, das bereits seit 2007 läuft. Neun von zehn Eltern gaben dabei an, dass sich der Gesundheitszustand ihrer Kinder durch die ambulante psychiatrische Betreuung verbessert hat. ♦



Fotolia

Beste Betreuung für unsere Kinder, um psychischen Krankheiten im Erwachsenenalter vorzubeugen – in Niederösterreich ab dem nächsten Jahr Realität.

WIEN

Generationskonflikt Pensionen?



Bei der Österreich 2020-Diskussion zum Thema Pensionen waren sich alle einig: Unser umlagenfinanziertes Pensionssystem muss langfristig abgesichert werden.

Im Rahmen der SPÖ-Initiative Österreich 2020 nahm Sozialminister Rudolf Hundstorfer auf Einladung des Renner-Instituts Steiermark bei der Diskussionsveranstaltung „Generationskonflikt Pensionen?“ teil. „Um unser Sozialsystem nachhaltig zu sichern, den Menschen Arbeitsplätze und Perspektiven zu geben und Österreichs Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten, müssen wir uns schon jetzt den Herausforderungen der Zukunft stellen“, betonte Hundstorfer. Ein Thema, das zahlreiche Besucher, darunter auch LGF Toni Vukan und LABg. Alexia Schrempf-Gezinger, zu den Grazer Minoriten führte. Die Diskutanten waren sich einig, dass es bei der gemeinsamen Lösungssuche um einen Diskurs, nicht um einen Konflikt geht. ♦



SPÖ Stmk

Sozialminister Rudolf Hundstorfer und die Diskutanten beim Österreich 2020-Zukunftsdiskurs.

SJ & KINDERFREUNDE

Kreative Mobilisierung für das Bildungsvolksbegehren



Am 3. November startet die Eintragungswoche für das Volksbegehren Bildungsinitiative. Auf sehr kreative Art und Weise werben die Österreichischen Kinderfreunde und die Sozialistische Jugend für eine möglichst große Unterstützung.

Die Aktivistinnen und Aktivisten der SJ verteilen vor Oberstufenschulen Postkarten mit Zitaten diverser Promis wie „Mailand oder Madrid – Hauptsache Italien“ oder „Ich hasse Lesen. Jemand soll mir erzählen, was auf der Karte steht.“ Ziel der Postkarten-Aktion ist es, möglichst viele junge Menschen zur Unterschrift des Bildungsvolksbegehrens zu motivieren, damit solche „Sager“ bald der Vergangenheit angehören. „Eine Schule, die Bildung so vermittelt, dass kei-



Mit Promi-Zitaten wie diesem macht die Sozialistische Jugend vor Schulen auf das Bildungsvolksbegehren aufmerksam.

ne private Nachhilfe mehr nötig ist, die mehr bietet als Auswendiglernen und Frontalunterricht und die es ermöglicht, dass sich Schülerinnen und Schüler stärker auf ihre Interessen spezialisieren können, ist kein illusorisches Wunschkonzert, sondern möglich. Dafür müssen wir in der ersten Novemberwoche nur eine Unter-

schrift tätigen“, erklärt SJ-Vorsitzender Wolfgang Moitzi.

Spielerisch zum Bildungsvolksbegehren

Auch wenn derzeit viel über Bildung diskutiert wird, ist vielen Menschen die Bedeutung des Bildungsvolksbegehrens nicht klar. Die Kinderfreunde haben daher ein Spiel entwickelt, das spürbar macht, worum es dabei geht. Das Spiel versetzt die Mitspieler in die Rolle von vier Schülern in Österreich, die aus ganz unterschiedlichen Familien kommen. Schnell zeigt sich, dass nicht

alle Kinder mit gleichen Begabungen auch gleiche Bildungschancen haben. „Wer dieses Spiel gespielt hat, versteht sofort, warum unser Schulsystem so viele Potenziale zum Nachteil der Kinder und von uns allen nicht nützt“, erklärt Spiele-Erfinder Franz Ryznar, ehrenamtlicher Mitarbeiter der Kinderfreunde Josefstadt. ♦

WIEN

Mitreden in den Mitgliederforen der SPÖ



Seit einigen Wochen finden in den Wiener Bezirken – wie vom Wiener SPÖ-Landesparteivorsitzenden,

Bürgermeister Michael Häupl angekündigt – unter dem Motto „Mitreden. Mitmachen. Mitentscheiden.“ Mitgliederforen statt.

„Aussprechen, was ist. Genau in diesem Sinne gestalten wir unsere Mitgliederforen. Ausnahmslos alles kann dort offen angesprochen werden“, betont der Wiener SPÖ-Landesparteisekretär, LAbg. Christian Deutsch. Die SPÖ-Mitglieder können sich dabei in entspannter Atmosphäre zu Wort melden und alle Themen, die sie beschäftigen, ansprechen. Animiert und unterstützt werden sie dabei durch professionelle, neutrale Moderatoren. „Eines ist klar: Die SPÖ-Mitglieder sind das Rückgrat unserer Partei. Sie müssen sich mit



Alle Anregungen und Anliegen der Mitglieder werden gesammelt und aufbereitet. Sie sollen in die tägliche politische Arbeit einfließen.

ihren Meinungen auch in unserer Politik wiederfinden können“, stellt Deutsch klar.

Mehr Mitsprache in der SPÖ Wien

Thematisch standen bisher zwei Berei-

che besonders im Vordergrund, nämlich das „gute Zusammenleben“ sowie die Förderung junger Menschen. Beeindruckt zeigt sich Deutsch vor allem vom „lebendigen und konstruktiven Diskurs“.

Die Mitgliederforen selbst sind Teil einer großen parteiinternen Offensive der Wiener SPÖ, mit der die Mitsprachemöglichkeiten für die Parteimitglieder ausgeweitet werden. Sie stehen in direkter Nachfolge zur größten Mitgliederumfrage der Parteigeschichte, deren Ergebnisse vor kurzem präsentiert wurden.

In den kommenden Wochen werden noch weitere Mitgliederforen abgehalten. „Das Service für unsere Mitglieder wollen wir in Zukunft noch weiter ausbauen. Schon für Anfang 2012 haben wir bereits weitere Möglichkeiten geplant“, kündigt Deutsch an. ♦



Agrarbudget 2012 lässt viele Fragen offen

Beim Agrarbudget für das kommende Jahr gilt es, Vieles aufzuklären. Es ist zu befürchten, dass unter den Einsparungen vor allem Projekte für Arbeit und Beschäftigung im ländlichen Raum leiden werden. In die land- und forstwirtschaftlichen Schulen hingegen soll mehr Geld gepumpt werden – und das, obwohl sie vom Rechnungshof als zu teuer kritisiert werden.



Nicht bloß Bauernhöfe und Felder: Der ländliche Raum bietet Lebensraum und Arbeitsplätze abseits der urbanen Zentren.

wikimedia commons

„Da die EU-Zahlungen kofinanziert werden müssen, bleibt also die Frage offen, ob tatsächlich jeder Euro aus Brüssel abgeholt wird, wie Fekter und Grillitsch immer wieder vorbeten.“

Entwicklung zur Verfügung gestellt werden, bleiben mit 539,4 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr unverändert, die Bundesmittel werden hingegen um 35,1 Million Euro gekürzt. Da die EU-Zahlungen kofinanziert werden müssen, bleibt also die Frage offen, ob tatsächlich jeder Euro aus Brüssel abgeholt wird, wie Finanzministerin Fekter und Bauernbundpräsident Grillitsch uns immer wieder vorbeten.

Eine weitere offene Frage ist, wo die nationalen Einsparungen bei der ländlichen Entwicklung wohl gemacht werden? Aus der Vergangenheit wissen wir, dass dies nicht bei der Landwirtschaft geschehen wird. Die Einschnitte werden wohl eher bei regionalpolitischen Maßnahmen vorgenommen, also bei Projekten für Arbeit und Beschäftigung im ländlichen Raum, für die Schaffung von mehr Lebensqualität und Infrastruktur in nicht-urbanen Lebensräumen,

sprich, Projekte für alle Menschen, die am Land wohnen und leben. Es bleibt zu hoffen, dass die Aussage im Strategiebericht des Landwirtschaftsministers – „Förderfokussierung der Entwicklung des ländlichen Raumes“ – auch tatsächlich den ländlichen Raum mit allen Beteiligten und nicht nur die Landwirtschaft meint.

Die Mittel für das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen will Finanzministerin Fekter hingegen deutlich anheben. Warum?, fragt man sich, wo doch der Rechnungshof sehr kritisch feststellt, dass in den landwirtschaftlichen Schulen ein Schüler mehr als doppelt soviel kostet wie in den sonstigen berufsbildenden Schulen. Diese Frage ist zu klären, bevor das landwirtschaftliche Schulbudget deutlich steigt. Warum werden denn diese Schulen nicht überhaupt in das sonstige öffentliche Schulsystem übernommen?

Fragen über Fragen, die wir in den kommenden Verhandlungen im Rahmen des Budgetausschusses stellen werden und hoffentlich auch klären können. ♦

Kurt Gaßner ist seit 2006 Sprecher für die Bereiche Agrar und Kommunales im SPÖ-Parlamentsklub.

Eines der zentralen Projekte der Diskursgruppe „Soziales, Beschäftigung, Wirtschaft“ – die Zukunft der Pensionen – stand im Zentrum des Österreich 2020-Zukunftsdiskurses am 21. Oktober in Graz.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer diskutier-

te mit der Grazer Sozialstadträtin Martina Schröck sowie Vertretern der Jugend und der älteren Generation über die Frage nach einem Generationenkonflikt, was getan werden muss, um unser Pensionssystem langfristig abzusichern und das Vertrauen zu erhalten. Ein Bericht über die Diskussion

findet sich im Innenteil dieses Hefts und ist weiters in ausführlicherer Form auf www.oe2020.at nachzulesen.

Auf der Homepage gibt es alle Informationen zu vergangenen und zukünftigen Veranstaltungen. ♦

TERMINKALENDER

**Dienstag, 8. 11.
bis Mittwoch, 9. 11.**

Symposium: „Differenz und Dialog“

Das Symposium „Differenz und Dialog“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Verständnis von dem, was Interkulturalität meint, zu schärfen und zu fragen, was Erwachsenenbildung tun kann, um Kompetenzen für ein Leben in interkulturellen Gesellschaften zu vermitteln. Folgenden Fragen wird im Symposium nachgegangen: Welche Fähigkeiten, Fertigkeiten und Haltungen sind in pluralen Gesellschaften gefragt? Was kann Erwachsenenbildung zu Toleranz und einem friedlichen Miteinander beitragen? Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem Kardinal König Haus und im Rahmen des Projekts „Identität und Interkulturalität“ statt. Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur. Teilnahmebeitrag: 40 Euro. Anmeldung unter: kursanmeldung@kardinal-koenig-haus.at

Beginn: 13.00 Uhr
Kardinal König Haus
Kardinal König Platz 3, 1130 Wien

Mittwoch, 9. 11.

Podiumsdiskussion: „Tagebuchtag 2011“

Der Tagebuchtag ist eine von Traute Molik-Riemer (Malerin und Graphikerin) ins Leben gerufene und mittlerweile österreichweite Initiative. Es geht darum, Lebensgeschichten verdienter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, z.B. aus Wirtschaft und Politik, an ein Publikum zu vermitteln und somit eine Viel-

zahl von Menschen im Sinne lebendiger zeitgeschichtlicher Dokumentation zur Niederschrift der eigenen biografischen Erlebnisse zu bewegen. Podiumsgäste sind: Edith Kitzmantel, Generaldirektorin a.D., Europäische Kommission, Klaus Liebscher, Gouverneur der Österreichische Nationalbank a.D., Willibald Pahr, ehemaliger Außenminister unter Bruno Kreisky.

Beginn: 19.00 Uhr
Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum (ÖGWM)
Vogelsanggasse 36, 1050 Wien

Donnerstag, 10. 11.

Diskussion: „Gewalt: eine neue Geschichte der Menschheit“

Der Evolutionspsychologe Steven Pinker hat eine monumentale Weltgeschichte der Gewalt geschrieben. Seine These: Die Geschichte der Menschheit ist zwar eine ewige Abfolge von Krieg, Genozid, Mord, Folter und Vergewaltigung, aber zugleich hat die Menschheit dazugelernt. Gewalt wird immer weniger als Option wahrgenommen. Darüber diskutiert Robert Misik, Journalist und Autor, mit Steven Pinker. Die Veranstaltung findet in englischer Sprache statt.

Anmeldung unter:
einladung.kreiskyforum@kreisky.org
Beginn: 19.00 Uhr
Bruno Kreisky Forum
Armbrustergasse 15, 1190 Wien

Freitag, 11. 11.

„Der Islam und die Frauen. Vom Koran bis zur Gegenwart“

Die Diskussion um den Islam entzündet sich

immer wieder an der Lage der Frauen. Irene Schneider erklärt in ihrem eindrucksvollen Überblick, was die Koranglehrten über Rechte und Pflichten von Frauen sagen und warum die Frauen Mohammeds jungen Musliminnen gerade heute als Vorbilder angepriesen werden. Sie vermittelt einen lebendigen Einblick in die unterschiedlichen Lebenswelten von Frauen in der islamischen Geschichte und zeigt, welche Chancen Musliminnen heute haben, ihre privaten und öffentlichen Rollen selbstbewusst zu gestalten, sei es auf „westliche“ oder auf „islamische“ Weise. Moderiert wird die Veranstaltung von Isolde Charim. Sie ist freie Publizistin und lehrt Philosophie an der Hochschule für Angewandte Kunst in Wien.

Anmeldung unter:
einladung.kreiskyforum@kreisky.org
Beginn: 19.30 Uhr
Literaturzentrale
Grünangergasse 4, 1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteurin: Mag^a Tina Tauß,
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,
Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl,
Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits,
Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber,
Bildredaktion: Emil Goldberg,
Layout: Thomas Lehmann,
Coverfoto: Johannes Zinner
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: a-Print, Klagenfurt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

www.monde-diplomatique.de/pm/.dossier/finanzkrise

Dossier: „Der Bankrott der Finanzmärkte“

Die deutsche Ausgabe der Monatszeitung „Le Monde diplomatique“ hat kürzlich eine umfangreiche Sammlung von Artikeln rund um das Thema Finanzkrise veröffentlicht. Das Dossier eröffnet dem Leser einen reichhaltigen Wissensschatz und bietet durch umfangreiche Hintergrundinformationen eine solide Basis für wirtschaftspolitische Diskussionen. Die Bandbreite der Autorinnen und Autoren reicht dabei vom österreichischen Ökonomen Stephan Schulmeister

bis hin zu Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz. Hintergrund: „Le Monde diplomatique“ ist eine in Frankreich und mehreren anderen Ländern erscheinende Monatszeitung und veröffentlicht ausführliche Analysen und Kommentare zur internationalen Politik und zu kulturellen Themen. Das Blatt nimmt dabei eine kritische Haltung gegenüber dem Wirtschaftsliberalismus und der Globalisierung ein.





Aus großer Höhe ...

... genauer gesagt aus 3.800 Meter Höhe sprang Bundespräsident Heinz Fischer aus einem Bundesheer-Hubschrauber. Der oberste Befehlshaber des Bundesheeres schwärmte von seinem Tandem-Absprung: „Mein Blick auf Österreich war atemberaubend, und unsere Soldaten beim Bundesheer sind wirklich klasse Burschen.“



Mit großem Interesse ...

... waren die Kinder der Volksschule Zieglergasse dabei, als Bildungsministerin Claudia Schmied, Wiens Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch und Landesschulratspräsidentin Susanne Brandsteidl den Startschuss für die nächste Ausschreibung des „Gütesiegels“ gaben.



Einen großen Auftritt ...

... hatte das Österreichische Bundesheer bei seiner schon traditionellen Leistungsschau am Nationalfeiertag. Im Bild: Verteidigungsminister Norbert Darabos bei der Besichtigung eines Transporthubschraubers des Bundesheeres.



Eine große Auszeichnung ...

... in Form des Bundes-Ehrenzeichens erhielten verdiente Feuerwehrleute im Bundeskanzleramt. „Die Verleihung des Bundes-Ehrenzeichens ist eine Möglichkeit, mich zu bedanken und die vielfältigen Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr für die Gesellschaft zu würdigen“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann bei der Verleihung.